



26.06.2017, STUDIE

Wandel der Arbeitswelt lässt Altersarmut in Deutschland steigen

Unbefristete Jobs und lange beim gleichen Arbeitgeber – für viele Deutsche normal, für viele aber auch nicht. Stattdessen kennen immer mehr Menschen nur befristete Verträge, Mini-Jobs, Phasen der Erwerbslosigkeit und niedrige Löhne. Das deutsche Rentensystem ist auf diesen Wandel der Arbeitswelt nicht ausreichend vorbereitet, das Altersarmutsrisiko steigt weiter.

Der Eine hat einen befristeten Vertrag, die Andere arbeitet in Teilzeit, der Nächste ist über eine Leih- oder Zeitarbeitsfirma angestellt – und alle erhalten ein vergleichsweise niedriges Gehalt: Für viele Bürger Realität. Auf Menschen in diesen atypischen Beschäftigungsverhältnissen, auf Personen mit unterbrochenen Erwerbsbiographien und mit geringen Einkommen ist unser Rentensystem nicht ausreichend

vorbereitet. Im Untersuchungszeitraum 2015 bis 2036 steigt für verschiedene Gruppen das Risiko, im Alter arm zu werden. Am stärksten betroffen sind alleinstehende Frauen, Niedrigqualifizierte und Langzeitarbeitslose. Das zeigt unsere neue Studie und macht klar: Die meisten der aktuellen Rentenreformvorschläge können die steigende Altersarmut nicht stoppen, da sie nicht genau auf die besonders bedrohten Menschen und den Niedriglohnsektor eingehen.

Schon bald könnte jeder fünfte Rentner von Altersarmut bedroht sein

Unsere Studie liefert erstmals Erkenntnisse über den Verlauf der Altersarmut bei den "Babyboomern", den geburtenstarken Jahrgängen der 1950er und 1960er Jahre, die ab 2022 in Rente gehen. Unter zukünftigen Rentnern dieser Generation steigt das Altersarmutsrisiko bis 2036 auf 20 Prozent (2015: 16 Prozent). Damit wäre künftig jeder fünfte Neurentner von Altersarmut bedroht. Als armutsgefährdet gelten Rentner, wenn ihr monatliches Netto-Einkommen unter 958 Euro liegt.

Außerdem könnte parallel auch die Grundsicherungsquote bei dieser Generation weiter ansteigen: 7 Prozent der Neurentner wären dann auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen, weil ihr Ruhegehalt nicht für den Lebensunterhalt reicht (2015: 5,4 Prozent).



"Wir brauchen weitere Reformen für den Ruhestand: Wenn die Babyboomer-Generation in Rente geht, könnte es zu einem bösen Erwachen kommen. Um das Rentensystem zukunftsfest zu gestalten, müssen wir es heute an die veränderten Rahmenbedingungen der Arbeitswelt anpassen."

Aart De Geus, Vorstandsvorsitzender der Bertelsmann Stiftung



Für den Anstieg des Altersarmutsrisikos sind verschiedene Faktoren verantwortlich

Zum steigenden Altersarmutsrisiko tragen der Studie zufolge vor allem zwei Faktoren bei: Zum einen die in der Vergangenheit gestiegene Verbreitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse, prekärer Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor und unterbrochener Erwerbsbiographien. Zum anderen sinkt das Rentenniveau durch die demografische Entwicklung und rentenrechtliche Veränderungen kontinuierlich, während die zum Ausgleich geschaffene private Altersvorsorge nicht flächendeckend wirkt.



Eine Reihe von Faktoren ist dafür verantwortlich, dass in Deutschland Menschen im Alter arm sind. Es muss also an einigen Stellen etwas geschehen.

Alleinstehende Frauen, Niedrigqualifizierte und Langzeitarbeitslose am stärksten betroffen

Für alleinstehende Frauen, Langzeitarbeitslose und Niedrigqualifizierte ist das Risiko am höchsten, im Alter arm zu werden. Bei alleinstehenden Frauen steigt die Grundsicherungsquote zwischen 2015 und 2036 von 16 auf fast 28 Prozent. Somit wäre künftig fast jede dritte alleinstehende Neurentnerin auf finanzielle Unterstützung vom Staat angewiesen. Bei Langzeitarbeitslosen steigt die Grundsicherungsquote von 19 auf 22 Prozent, bei Menschen ohne Berufsausbildung von 10 auf 14 Prozent.

Altersarmutsrisiko: wie einzelne Bevölkerungsgruppen betroffen sind.

Je höher das Bildungsniveau, desto niedriger die Wahrscheinlichkeit, auf Grundsicherung angewiesen zu sein



© Bertelsmann Stiftung 2017

BertelsmannStiftung

Auch Abitur und ein Uni-Abschluss schützen nicht vollkommen vor Altersarmut. Bildungsgrad und Qualifikation beeinflussen allerdings, wer potenziell mehr und wer weniger betroffen ist.

Große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Bei der Entwicklung der Grundsicherungsquote gibt es starke Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Für Neurentner aus den ostdeutschen Bundesländern verdoppelt sich die Quote bis 2036 von 5 auf 11 Prozent, in den westdeutschen Bundesländern steigt sie hingegen "nur" leicht von 5,5 auf 6 Prozent. Laut Christof Schiller, Arbeitsmarkexperte der Bertelsmann Stiftung, ist das vor allem auf die Umbrüche am ostdeutschen Arbeitsmarkt seit den 1990er Jahren zurückzuführen.

Rentensystem muss Risikogruppen und Erwerbsbiographien besser berücksichtigen

Um den Anstieg des Altersarmutsrisikos zu stoppen, müssten künftige Rentenreformen stärker die besonders betroffenen Gruppen, die sich verändernden Erwerbsbiographien und die Situation an den Kapitalmärkten in den Blick nehmen.



"Die aktuellen Reformdebatten gehen oft an der Wirklichkeit vorbei und lösen kaum die grundlegenden Ursachen der Altersarmut. Diskussionen um eine Stabilisierung des Rentenniveaus helfen Risikogruppen nicht weiter, die schon während ihrer Berufsjahre nur schlecht von ihrem Gehalt leben können."

Christof Schiller, Arbeitsmarktexperte der Bertelsmann Stiftung



Zwar sei zu begrüßen, dass die Rentenreformdebatte zuletzt wieder deutlich an Fahrt aufgenommen hat, so Christof Schiller. Es bleibe aber größtenteils ungeklärt, ob und wie sich die Ziele einer künftigen Sicherung des Lebensstandards und der Armutsvermeidung im Alter miteinander vereinbaren lassen.

Um Altersarmut gezielt bekämpfen zu können, muss gleichzeitig an unterschiedlichen Punkten angesetzt werden:

- ▶ die nachhaltige Vermittlung von Risikogruppen in den Arbeitsmarkt muss erhöht werden
-

- ▶ Brüche im Erwerbsverlauf eines Menschen sollten durch die Arbeitsmarktpolitik besser pro-aktiv abgesichert werden
-

- ▶ das Alterssicherungssystem muss so umgebaut werden, dass es besser vor Nullzinsphasen, unsteten Erwerbsbiographien und niedrigen Erwerbseinkommen schützt
-

Eine Zusammenfassung der zentralen Studienergebnisse gibt's in Form eines "Policy Briefs". Die komplette Studie finden Sie hier.

 Artikel als
PDF speichern

 Per E-Mail
versenden

 Teilen

 Drucken